



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 14. April 2025

Der Kantonsrat hat sich mit 99 zu 76 Stimmen dafür ausgesprochen, die kantonalen Volksinitiative «ÖV-Initiative» abzulehnen ([5948](#)). Mit 113 zu 59 Stimmen empfiehlt der Rat dem Stimmvolk, dem von der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Gegenvorschlag zuzustimmen. Mit der «ÖV-Initiative» wird von den Gemeinden gefordert, dafür zu sorgen, dass der öffentliche Verkehr grundsätzlich weder durch bauliche Massnahmen noch durch Verkehrsanordnungen (Tempo 30) behindert oder verlangsamt wird. Die dem Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) dadurch anfallenden Mehrkosten sollen künftig die Gemeinden übernehmen. Der Gegenvorschlag der Kommission fokussiert bei Temporeduktionen in erster Linie auf kompensierende Massnahmen.

Der Kantonsrat hat mit 175 zu 0 Stimmen den Rahmenkredit von 872 Millionen Franken für den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) für die Fahrplanperiode 2025/2026 bewilligt ([5971](#)). Das für die Lösung der Ausgabenbremse nötige Quorum von 91 Stimmen wurde mit 176 Stimmen erreicht.

Der Kantonsrat hat den Erlassentwurf zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative von SP-Kantonsrat Jonas Erni betreffend «Keine Kostenbeteiligung für Gemeinden bei Uferwegen» in erster Lesung beraten ([KR-Nr. 196/2019](#)). Der Rat ist dabei dem Antrag der vorberatenden Kommission gefolgt. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung. Die Vorlage bezweckt eine Aufhebung der Kostenbeteiligung von Standortgemeinden beim Bau von Uferwegen.

Der Kantonsrat hat das Postulat von FDP, GLP und Mitte betreffend «Urbane Mobilität: Potential von Seil-/Hoch-/Hängebahn» als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 207/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, in einem Bericht das generelle Potenzial von Seil-, Hoch- und Hängebahnen im urbanen Raum aufzuzeigen und konkret zu beurteilen, ob eine solche Lösung an der Rosengartenstrasse in Zürich einen Beitrag zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs bringen könnte.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Förderung der Standortattraktivität für eine innovative und zukunftsfähige Fleischherstellung» der GLP mit 116 zu 56 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 117/2023](#)).

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf die Interpellation betreffend «Arbeitsbedingungen Zürich Flughafen AG» der SP diskutiert ([KR-Nr. 225/2023](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Analyse von Massnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit» der FDP mit 150 zu 24 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 227/2023](#)).

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf die Interpellation betreffend «Wohnbau- und Wohneigentumsförderung im Kanton Zürich» von Grünen, und AL diskutiert. Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt ([KR-Nr. 324/2023](#)).

(*nic.*)